

Kämpfe um den Bergbau in Südafrika: eine Chance für Allianzen zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen

Müller, Melanie

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Müller, M. (2016). Kämpfe um den Bergbau in Südafrika: eine Chance für Allianzen zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. *PERIPHERIE - Politik, Ökonomie, Kultur*, 36(2), 268-288. <https://doi.org/10.3224/peripherie.v36i142-143.24680>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Melanie Müller

Kämpfe um den Bergbau in Südafrika: Eine Chance für Allianzen zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen

Keywords: South Africa, unions, mining, social movements, conflicts

Stichwörter: Südafrika, Gewerkschaften, Bergbau, soziale Bewegungen, Konflikte

Südafrika gilt als prominentes Beispiel für die Entwicklung des *social movement unionism* (SMU). Dieses Konzept beschreibt starke Koalitionen zwischen sozialen Bewegungen und Gewerkschaften. Doch seit der Machtübernahme des *African National Congress* (ANC) und der Bildung einer korporatistischen Regierungsallianz, die auch die Gewerkschaften mit eingebunden hat, hat sich dieses enge Verhältnis gewandelt: Die Regierungspolitik drängte kritische Akteure an den Rand. Erst seit dem Massaker von Marikana und dem Ausschluss der Metallarbeitergewerkschaft *National Union of Metalworkers of South Africa* (NUMSA) aus dem Dachverband *Congress of South African Trade Unions* (COSATU) nähern sich Gewerkschaften und Bewegungen wieder an. Die NUMSA versucht seitdem eine *United Front* aufzubauen, die eine Alternative zur bisherigen Regierungspolitik bieten soll.

Vor dem Hintergrund der jüngsten politischen Krise in Südafrika ist der Aufbau der Bewegung besonders bedeutend. Der ANC befindet sich spätestens seit dem Massaker von Marikana, bei dem im August 2012 Polizeikräfte während eines Streiks in einer Platinmine des englischen Unternehmens *Lonmin* 34 Arbeiter erschossen, in einer Regierungskrise. Die Aufarbeitung des Massakers durch eine Kommission, die *Farlam-Kommission*, kritisierten verschiedene Stimmen als unzureichend. Immer wieder vermelden südafrikanische Medien neue Berichte über Korruption führender ANC-Politiker_innen. Gerade Präsident Jacob Zuma hat durch Vorhaben wie den Bau seines Regierungssitzes Nkandla, der unrechtmäßig aus staatlichen Mitteln finanziert wurde, an Vertrauen eingebüßt. Doch äußern soziale Bewegungen¹

1 Ich verstehe soziale Bewegungen als „auf gewisse Dauer gestelltes und durch kollektive Identität abgestütztes Handlungssystem mobilisierter Netzwerke von Gruppen

bereits seit vielen Jahren Kritik an den Gewerkschaften, denen es nicht mehr gelänge, Arbeiter_innen, aber auch gesellschaftliche Gruppen darüber hinaus angemessen zu vertreten. Das Massaker von Marikana hat zu einem weiteren Glaubwürdigkeitsverlust beigetragen, der einen Konflikt zwischen den führenden politischen Eliten innerhalb der Gewerkschaften hervorgerufen und auch die Allianz zwischen dem ANC und den Gewerkschaften ins Wanken gebracht hat.

Dieser Artikel befasst sich mit der Frage, inwiefern gegenwärtig ein Wiederbeleben von SMU auf außerparlamentarischer Ebene in Südafrika zu beobachten ist und welche Potenziale und Herausforderungen mit der Zusammenarbeit von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen verbunden sind. Zu solchen Allianzen kommt es in Südafrika insbesondere im Bereich des Bergbaus, wie sich am Beispiel der Konflikte um den Bau der beiden Kraftwerke Kusile in der Provinz Mpumalanga sowie Medupi in der Provinz Limpopo illustrieren lässt. Dabei wird deutlich, dass hinter den Auseinandersetzungen um die Ausweitung des Bergbaus vielfältige Konflikte stecken, die in fast allen Fällen eine Kritik am südafrikanischen Entwicklungsmodell darstellen, das vorrangig auf wirtschaftliche Entwicklung abzielt und die Frage der Umverteilung bislang hinten anstellt. Für die Analyse dieser Konflikte stütze ich mich auf 20 Interviews mit Basisaktivist_innen, Mitarbeiter_innen von Umweltorganisationen, Gewerkschaften und Ministerien in Südafrika vom November 2015. Zusätzlich habe ich Dokumente, Webseiten, Stellungnahmen sowie Analysen zu den Kraftwerken Kusile und Medupi ausgewertet.²

Im ersten Abschnitt skizziere ich das Konzept des SMU und beschreibe dessen Herausbildung in Südafrika. Der zweite Abschnitt stellt die Entwicklungen der Metallarbeitergewerkschaft NUMSA dar, die – nach dem vorläufigen Ende des SMU in Südafrika durch den Übergang zur Demokratie – die Koalitionen zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen wieder neu belebt. Im dritten Abschnitt skizziere ich am Beispiel der Kohlekraftwerke in den Regionen Limpopo und Mpumalanga die aktuellen Konflikte um die Ausweitung des Bergbaus. Im vierten Abschnitt beschreibe ich die Herausforderungen der gemeinsamen Mobilisierung zwischen Gewerkschaften und Bewegungen und ziehe im fünften Abschnitt Rückschlüsse für ein mögliches Wiedererstarken des SMU in Südafrika.

und Organisationen, welche sozialen Wandel mit Mitteln des Protests – notfalls bis hin zur Gewaltanwendung – herbeiführen, verändern oder rückgängig machen wollen“ (Rucht 1994: 76f).

2 Die Erhebung der Empirie fand im Rahmen einer Auftragsstudie für Misereor statt (Müller & Paasch 2016).

Social movement unionism und seine Bedeutung in Südafrika

Das SMU-Konzept beschreibt starke Koalitionen zwischen sozialen Bewegungen und Gewerkschaften. Es wurde zunächst von Peter Waterman (1982) in Bezug auf die indische Gewerkschaftsbewegung entwickelt. In den späteren Jahren entwickelten Wissenschaftler_innen das Konzept für die Analyse von Gewerkschaften in anderen Ländern weiter, zunächst vorrangig in Bezug auf Bewegungen in postkolonialen Gesellschaften. Denn für diese Gesellschaften prognostizierten einige Wissenschaftler_innen zunächst die Entwicklung von „Arbeiteraristokratien“. Dabei würden die Gewerkschaften versuchen, sich vom informellen Sektor und weniger organisierten Gruppen abzugrenzen (Seidman 2011: 96). Empirisch ließen sich dann aber in einigen Fällen gegenteilige Entwicklungen beobachten, nämlich gerade eine starke Annäherung von Gewerkschaften und Bewegungen. Neben Indien werden solche Allianzen beispielsweise für die Arbeiterbewegung in Südkorea insbesondere in den 1980er und 1990er Jahren (Koo 2001), in Brasilien während der Militärdiktatur und in Südafrika in den 1980er Jahren bis zum Übergang zur Demokratie (Webster 1987; Webster & Buhlungu 2004) beschrieben. Das Konzept wurde später auch für die Analyse in anderen Staaten ausgedehnt.

Gewerkschaften in der Tradition des SMU handeln ähnlich wie soziale Bewegungen. Sie agieren über das Instrument der Tarifverhandlungen und über die direkte Vertretung von Arbeiter_innen hinaus. In ihren politischen Zielen verbinden Gewerkschaften in der Tradition des SMU Forderungen für eine Verbesserung der Rechte von Arbeiter_innen mit umfassenden Forderungen für andere gesellschaftliche Gruppen: „Durch die Artikulation von Forderungen zu Inklusion verband der ‘Social Movement Unionism’ die Rechte am Arbeitsplatz mit den Forderungen der Gemeinden auf erweiterte Dienstleistungen und Rechte“ (Seidman 2011: 97). In der Allianz mit sozialen Bewegungen machen Gewerkschaften auf Missstände und Ungleichheiten in der Gesellschaft aufmerksam, setzen sich für marginalisierte Gruppen ein oder unterstützen die Forderung nach Demokratie und politischer Teilhabe, wie die Beispiele von Südkorea und Südafrika zeigen.

In Südafrika konnte sich der *social movement unionism* erst ab Mitte der 1970er Jahre durchsetzen und wurde ein Modell für die Anti-Apartheidbewegung. Vorher war die Gewerkschaftsarbeit für nicht-weiße Gruppen durch zahlreiche Einschränkungen fast unmöglich. Hierzu gehören das Verbot der gewerkschaftlichen Organisation für nicht-weiße Gruppen, das mit dem Beginn der Apartheid verhängt wurde (Bhorat u.a. 2014: 2). Die Ausnahme bildete die Gründung des *South African Congress of Trade Unions* (SACTU)

im Jahr 1955. Dieser unterstützte sowohl den ANC sowie dem *Pan-African Congress* (PAC) und die *South African Communist Party* (SACP) im Kampf gegen die Apartheid (Marx 1992: 32-39). Jedoch wurden sowohl der ANC als auch die SACP in den 1960er Jahren verboten. Die Organisationen mussten ihre Arbeit im Exil und im Untergrund fortsetzen. Das Apartheidregime erließ weitere Verbote und Sanktionen, die auch die gewerkschaftliche Arbeit von SACTU praktisch unmöglich machten (Southall & Webster 2010: 136f). Erst im Jahr 1973, nach einer Demonstration von Hafenarbeiter_innen in Durban für bessere Arbeitsbedingungen, erstarkte die Gewerkschaftsbewegung wieder. Aus diesem Streik, dem so genannten *Durban-Moment*, entwickelte sich ein breites Netzwerk, das sich für die Rechte schwarzer Arbeiter_innen einsetzte (Habib & Valodia 2006: 227). Mit den Aufständen in den *South Western Townships* (SOWETO) im Jahr 1976, die vorrangig von Schüler_innen und Studierenden angeführt wurden, verstärkten sich die inneren Unruhen im Land weiter.

Gleichzeitig wuchs in den 1970er Jahren auch der internationale Druck auf das Apartheidregime. Die Arbeit des ANC im Exil und die Organisation einer Anti-Apartheidbewegung in verschiedenen Ländern, darunter Großbritannien und Westdeutschland, aber auch die verschiedenen Sanktionen – wie der Ausschluss Südafrikas aus dem Internationalen Olympischen Komitee und dem Weltfußballverband sowie die Isolation Südafrikas in den Vereinten Nationen – setzten das Regime in Pretoria unter Reformdruck. In den folgenden Jahren wurde eine Reihe von Einschränkungen gelockert und Gewerkschaften konnten sich ab 1981 wieder offiziell registrieren, insofern sie dazu bereit waren, ihre Mitgliederlisten offen zu legen (Habib & Valodia 2006: 228f). In den folgenden Jahren entstanden drei Gewerkschaftsverbände, der *Council of Trade Unions in South Africa* (CUSA), die *Federation of South African Trade Unions* (FOSATU) sowie die *Community Unions*. 1985 ging aus diesen drei Gruppen der COSATU hervor, der sich schnell als größter Gewerkschaftsverband in Südafrika entwickelte (ebd.). Hinzu kam die Gründung der *United Democratic Front* (UDF), einem Zusammenschluss von zeitweise über 700 zivilgesellschaftlichen Organisationen in Südafrika, die insbesondere in der Zeit ab 1983 ein mächtiger zivilgesellschaftlicher Akteur wurde (Suttner 2005: 60-65). COSATU und die UDF blieben die zentralen Akteure des Widerstands gegen die Apartheid in Südafrika. Beide Akteure mobilisierten immer wieder auch gemeinsam, beispielsweise nach der Besetzung von Townships durch die südafrikanische Armee im Jahr 1984, bei der die Gewerkschaften den *Congress of South African Students* (COSAS) unterstützten. Zwischen August und November 1984 bildete sich in der Transvaal-Region im Nordosten des Landes zudem

eine Allianz zwischen Gewerkschaften, *communities* und der Studierendenbewegung heraus. Diese wurden von Gewerkschaftsmitgliedern durch die Teilnahme an Protesten sowie dadurch, dass Arbeiter_innen nicht zur Arbeit erschienen, unterstützt (Webster 1987: 36-38).

Der „NUMSA-Moment“

Ähnlich wie in anderen Staaten des südlichen Afrikas nach der Dekolonisierung bildete sich in Südafrika nach dem Ende der Apartheid ein politisches System heraus, das als Einparteiensystem betrachtet werden kann. Reinhart Kößler charakterisiert diese Systeme damit, dass sie „auf durchaus demokratisch legitimierter Grundlage die Herrschaft einer Partei perpetuieren, die historisch als hegemoniale Formation aus nationalen Befreiungsbewegungen hervorgegangen ist“ (Kößler 2015: 52). Der ANC regiert seit 1994 gemeinsam mit der SACP sowie mit COSATU in einer Dreiparteien-Allianz. Doch tritt der ANC als einziger Akteur formal bei Wahlen an. Die SACP sowie COSATU unterstützen die Partei bei ihren Kampagnen. Im Gegenzug erhalten sie politisches Mitspracherecht bei der Formulierung politischer Programme sowie eine festgelegte Anzahl an Sitzen im Parlament (Bhorat u.a. 2014: 5). Die Allianz zwischen den drei Akteuren bestand bereits in der Apartheidzeit, wurde aber nach dem Übergang zur Demokratie formalisiert. Dieses korporatistische Regierungsmodell hat das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen verändert. Mit dem Ende der Apartheid und der Übernahme der Regierung durch den ANC ist das ehemals enge Verhältnis zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen komplexer geworden. Mitte der 1990er Jahre gründete sich eine Reihe von neuen sozialen Bewegungen, die sich gezielt gegen die Regierungspolitik wendeten und dabei auch die Rolle der Gewerkschaften kritisierten. Die Gründung der sozialen Bewegungen ist Ausdruck einer Abgrenzung vom ANC, aber auch von der Regierungsallianz. Denn diese hat nach der Machtübernahme 1994 wenige Versuche unternommen, soziale Reformen durchzusetzen (Kößler 2015: 52). Der *National Development Plan*, der 1994 als politisches Programm formuliert wurde und tiefgreifende Reformen versprach, wurde bereits 1996 zugunsten vom *Growth, Employment and Redistribution Programme* (GEAR, Programm für Wachstum, Beschäftigung und Umverteilung) verworfen. Der Begriff „Wachstum“ steht hier nicht zufällig an erster Stelle. Die Reformvorschläge von GEAR waren angelehnt an die Vorschläge des Washington Consensus. Ziel war es, das Haushaltsdefizit zu reduzieren, die Industrie zu stärken sowie den Abbau von Handelshemmnissen voranzutreiben, um so ausländische und inländische

Investitionen zu fördern. In diesem Zusammenhang wurden verschiedene Sektoren privatisiert (Bond 2003). Diese Marktliberalisierung sollte zum Wachstum beitragen, neue Arbeitsplätze schaffen und so zur Umverteilung beitragen. Die Strategie des Programms ist nicht aufgegangen: Die soziale Ungleichheit ist in Südafrika heute sogar noch höher als während der Apartheidzeit (Terreblanche 2002). Als Reaktion auf das Programm mobilisierten Gruppen gegen die Privatisierungen. Der ANC verfolgt seit der Machtübernahme eine Strategie der „Einheit“ im südafrikanischen Staat, die Kritiker_innen der Allianz politisch isoliert und Opposition als „Verrat“ am politischen Projekt brandmarkt (Köbler 2015: 47). Die Regierungsbündnis hat es geschafft, eine ganze Reihe von zivilgesellschaftlichen Organisationen in den *National Economic Development and Labour Council* (NEDLAC) einzubinden. Mitglieder von NEDLAC erhalten finanzielle Förderung durch die Regierung. Diese Einbindung und finanzielle Abhängigkeit hat die Arbeit für regierungskritische Organisationen erschwert (McKinley 2010: 29-32).

Trotzdem oder gerade deswegen zeigen sich die Bewegungen bewusst als außerparlamentarische Opposition und wählen den Weg des politischen Protests auf der Straße. Zu den prominentesten Gruppen, die in der Zeit um die Verabschiedung von GEAR entstanden, gehören das *Anti-Privatization-Forum*, das verschiedenen Gruppen eine Plattform bieten sollte, um die Folge der Privatisierungspolitik zu diskutieren (Naidoo 2010). Gruppen wie das *SOWETO Electricity Crisis Committee* oder die *Treatment Action Campaign* setzten sich für die Umsetzung der in der Verfassung verankerten sozialen Rechte wie das Recht auf Elektrifizierung und das Recht auf medizinische Grundversorgung ein (Ruiters 2010; Mbali 2010). 2006 gründete sich *Abahlali baseMjondolo* (AbM). AbM ist als *Shack Dwellers Movement*, also als Bewegung von denen, die in Hütten (*shacks*) leben müssen, bekannt geworden. Doch gehen die Forderungen der Bewegung viel weiter als die Forderung nach der adäquaten Wohn- und Lebensmöglichkeit. Die Gruppe fordert *citizenship*, den gleichberechtigten Zugang aller Südafrikaner_innen und die Teilhabe am öffentlichen Leben (Pithouse 2006).

Mit der Zusammenarbeit der Gewerkschaften in der Regierungsbündnis war zu Beginn der Demokratie die Hoffnung verbunden, dass diese das Sprachrohr der Arbeiter_innenschaft im neuen Südafrika werden könnten. COSATU konnte zwar durch kritische Interventionen das Reformprogramm zugunsten von Politikern zur wirtschaftlichen Umverteilung beeinflussen (Habib & Valodia 2006: 242-244). Auch die Unterstützung von Jacob Zuma durch COSATU, der 2007 gegen den wirtschaftsliberalen Thabo Mbeki antrat, sollte ein Zeichen gegen die Reformprogramme der Regierung senden (Southall & Webster 2010: 145-151). Trotz der Kritik an der Wirtschaftspolitik der

Regierung hat der Verband immer wieder die Zusammenarbeit mit der Regierung bekräftigt und sich dabei von der Kooperation mit allzu kritischen sozialen Bewegungen losgesagt. COSATU wolle nur noch mit solchen Bewegungen zusammenarbeiten, deren Agenda nicht darauf abziele, die Partner aus der Dreiparteien-Allianz zu schwächen (COSATU 2003).

Die Resolution von COSATU aus dem Jahr 2003 führte zu einer weiteren Abspaltung von den regierungskritischen Gruppen und solchen, die sich mit den regierungskritischen Gruppen solidarisierten.

Auf nationaler Ebene gab es vielfältige Auseinandersetzungen zwischen sozialen Bewegungen und der Regierungsallianz – allerdings auch innerhalb der Regierungsallianz – etwa um die Ausgestaltung des 2013 verabschiedeten *National Development Plan* (NDP). Er beschreibt die zentralen politischen Pfeiler für die künftige Politik Südafrikas. Ein zentrales Ziel ist es, die Arbeitslosenquote bis 2030 von derzeit 25 Prozent auf 6 Prozent zu senken (NDP 2013). Verschiedene Gruppen, darunter auch COSATU, kritisierten, dass dieses Ziel vorrangig über Exportförderungen erreicht werden solle (COSATU 2013). Viele soziale Bewegungen lehnen den NDP ab. Der Konflikt macht deutlich, dass die ökonomische Zielrichtung der Regierungspolitik auch weiterhin für Auseinandersetzungen in Südafrika sorgt. Die Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen gelang in den letzten Jahren eher einzelnen Mitgliedsgewerkschaften, insbesondere der *South African Municipal Workers Union* (SAMWU). SAMWU erarbeitete beispielsweise gemeinsam mit *community*-Organisationen in Kapstadt Vorschläge für einen Stadtentwicklungsplan und wendete sich darin gegen das *Extended Public Works Programme* (EPWP) (Ludwig 2013).

Erst seit dem Massaker von Marikana ist eine erneute Annäherung zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen in Südafrika zu beobachten (Müller 2014b). Die Metallarbeitergewerkschaft NUMSA, die größte Mitgliedsgewerkschaft von COSATU, kritisierte öffentlich das Handeln der Polizei nach Marikana. Bei einem Sonderkongress prangerte die NUMSA das Vorgehen der Minenarbeitergewerkschaft *National Union of Mineworkers* (NUM), aber auch der Regierung in Marikana scharf an. Die NUMSA kritisierte die Regierungspolitik in Südafrika als „dysfunktional, in einer Krise und paralysiert“ (NUMSA 2013). Um ein gesellschaftliches und politisches Gegengewicht aufzubauen, kündigte die Gewerkschaft den Aufbau einer *United Front*, einer sozialistischen Bewegung nach dem Vorbild von Brasilien, Venezuela, Bolivien oder Griechenland, an. Nachdem die NUMSA dem ANC dann auch noch die Unterstützung bei den Wahlen 2014 versagte, war es wenig überraschend, dass COSATU die Gewerkschaft im November 2014 aus dem Dachverband ausschloss (Müller 2014b). Die Ankündigung

der *United Front* wurde in Südafrika euphorisch als „NUMSA-Moment“ gefeiert. Die Anspielung auf der *Durban-Moment* im Jahr 1973 ist kein Zufall. Denn kritische Gewerkschaftler_innen, aber auch die marginalisierten sozialen Bewegungen in Südafrika erhoffen sich den Aufbau einer starken linken Opposition (Bond 2014). Seitdem versucht die NUMSA in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen mögliche Koalitionen zwischen sozialen Bewegungen und Gewerkschaften auszuloten. Der Aufbau einer *United Front* wird von anderen Gewerkschaften, etwa der *Food and Allied Workers Union* (FAWU), der *South African Commercial and Catering and Allied Workers Union* (SACCAWU), der *Communication Workers Union* (CWU), der *South African State and Allied Workers Union* (SASAWU) und der *Public and Allied Workers Union* (PAWUSA), unterstützt. NUMSA sucht dabei gezielt die Allianz mit Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen, um gemeinsame Positionen auszuloten. Das Massaker von Marikana ist zum Symbol für eine neue Ära im politischen System Südafrikas geworden und hat grundlegende Veränderungen bewirkt (Alexander 2013). Insbesondere das brutale Vorgehen der Polizei hat viele Südafrikaner_innen aufgeschreckt. Marikana ist das tragischste Beispiel von vielfältigen Konflikten im Bergbau, die in Südafrika an der Tagesordnung sind.

Konflikte um Bergbau in Südafrika

In den letzten Jahren gab es regelmäßig kritische Meldungen über Probleme im Bergbau in Südafrika. Am Beispiel des Kohlebergbaus lassen sich die vielschichtigen Konflikte um die Ausweitung von Bergbauvorhaben verdeutlichen. Die Debatte um die Ausweitung des Kohlebergbaus scheint auf den ersten Blick an die Frage gekoppelt, welches Energiemodell Südafrika in den nächsten Jahren weiter verfolgen soll. Doch hinter der Frage nach der zukünftigen Energieversorgung steht eine Reihe von Konflikten um die Entwicklung des Landes und darum, wer von dieser Entwicklung profitiert. Die Konflikte um die Energieversorgung knüpfen an weitaus grundsätzlichere Fragen an und bieten deshalb Bezugspunkte für verschiedene soziale Bewegungen und die Gewerkschaften.

Die Stromversorgung in Südafrika basiert bislang größtenteils auf Kohle. 90 Prozent der Stromversorgung werden durch Kohlekraftwerke gedeckt, fünf Prozent kommen aus Atomenergie, die restlichen fünf Prozent setzen sich aus anderen Quellen, unter anderem Wasserkraft, zusammen (DoE 2015). Südafrika ist der siebtgrößte Kohleproduzent weltweit. Darüber hinaus exportiert das Land Kohle und ist der sechstgrößte Kohleexporteur der Welt (World Coal Association 2015). In Südafrika ist der halbstaatliche Energieversorger

Eskom für die Stromproduktion verantwortlich. Er produziert laut eigenen Angaben 95 Prozent der Elektrizität, die in Südafrika genutzt wird, sowie 45 Prozent der Elektrizität auf dem afrikanischen Kontinent. Das Unternehmen betreibt derzeit elf Kohlekraftwerke in Südafrika, welche die Grundversorgung im Land sichern (Eskom 2016a und b). Derzeit werden mit den beiden Kohlekraftwerken Kusile und Medupi zwei der größten Kraftwerke der Welt gebaut. Sie entstehen in den Provinzen Limpopo und Mpumalanga, die zu den ärmeren des Landes gehören. Die Provinz Mpumalanga blickt auf eine lange Bergbau-Tradition zurück. In der Region rund um eMalahleni, wo das Kraftwerk gebaut wird, gibt es bereits mehrere Kohlekraftwerke, die ihre Spuren in der Region hinterlassen haben. Insgesamt befinden sich schätzungsweise 600 nicht sanierte und nicht renaturierte Kohleminen in der Region (Müller & Paasch 2016: 35). Anders sieht es in Lephallale aus. Dort gibt es bislang mit *Matimba* ein weiteres Kraftwerk, das mit seinen sechs Kraftwerkseinheiten eine Leistung von 4.000 Megawatt erzielt. Doch soll die Region, die Waterberg-Region, zur Kohleregion ausgeweitet werden. Der *Infrastructure Development Plan* der südafrikanischen Regierung von Juni 2014 beschreibt „die Erschließung des nördlichen Mineralgürtels mit Waterberg als Katalysator“ als strategisches Ziel (RSA 2014: 33), um die Entwicklung in der Region voranzutreiben.

Um die Frage, wer von dieser Entwicklung profitiert, gibt es eine Reihe von Konflikten. Diese verlaufen in großen Teilen zwischen der Regierung und den Gemeinden. Teilweise sind die Gemeinden aber auch selbst gespalten. Verschiedene Studien heben die negativen Auswirkungen des Kohlebergbaus in Südafrika durch den Bau der Kraftwerke in Kusile und Medupi hervor (IRM ADB 2011; Greenpeace 2012; Müller & Paasch 2016). Selbst die Weltbank als einer der Geldgeber des Kraftwerks Medupi hat dessen Bau und Betrieb einer kritischen Prüfung unterzogen. Die Bank verfügt mit dem *inspection panel* über ein Gremium für die kritische Evaluierung ihrer geförderten Projekte. Zwei südafrikanische Umweltorganisationen, *Ground-Work* und *Earthlife Africa*, hatten im Jahr 2009 eine Beschwerde bei der Weltbank eingereicht. Diese beauftragte daraufhin das *inspection panel*, den Kraftwerksbau in Medupi näher zu untersuchen. Der Bericht wies auf eine Reihe von Versäumnissen bei der Bewilligung des Kredites hin, beispielsweise das Überschreiten der gesetzlich vorgeschriebenen Emissionswerte, einen hohen Wasserverbrauch durch die Kraftwerke, einen hohen Druck auf die bestehende Infrastruktur durch Bevölkerungswachstum (IP 2011). Die südafrikanischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen greifen viele dieser Kritikpunkte auf. Auf der lokalen Ebene kommt es regelmäßig zu Allianzen zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. In Lephallale fanden

seit 2007 wiederholt Proteste gegen die Ausweitung des Kohlebergbaus statt (Interview Makoma Lekalakala, Earthlife Africa, Johannesburg, 16.11.2015). Auch in Mpumalanga gab es eine Reihe von Demonstrationen gegen die Ausweitung des Kohlebergbaus und den Bau des Kraftwerks Kusile (Interview Matthews Hlabane, SAGRC, eMalahleni, 13.11.2015). Gewerkschaften und soziale Bewegungen teilen dabei eine Reihe an politischen Forderungen, die im Folgenden näher beschrieben werden.

- *Konflikte über den Zugang zu Energie:* Die südafrikanische Regierung begründet den Neubau der Kohlekraftwerke mit der Notwendigkeit der ökonomischen Entwicklung des Landes. Die Nutzung der landeseigenen Kohlevorräte stelle eine kostengünstige Möglichkeit der Stromversorgung und flächendeckenden Elektrifizierung des Landes dar und ermögliche Energieautarkie durch die Nutzung eigener Ressourcen. Zudem könne der Neubau der beiden Kraftwerke zum Klimaschutz beitragen, weil ältere und ineffizientere Kraftwerke abgeschaltet werden könnten (Rafey & Sovacool 2011: 144-146). Dem gegenüber steht die Kritik von Vertreter_innen betroffener Gemeinden, dass der Strom aus den Kraftwerken nicht in der Region, sondern für die Industrie genutzt werde. Tatsächlich soll der Strom aus Medupi vorrangig der Stromversorgung in der Provinz KwaZulu-Natal dienen. Eskom baut daher neben dem Bau der Kraftwerke auch das Stromnetz aus, um so die Industrie im Osten des Landes mit Energie zu versorgen. In diesem Zusammenhang sollen auch weitere Gemeinden an das Stromnetz angeschlossen werden. Doch gerade informelle Siedlungen, die sich um die Kraftwerke gebildet haben, haben nur selten Zugang zu Energie.
- *Konflikte über den Zugang zu Dienstleistungen:* Basisorganisationen kritisieren negative Auswirkungen des Baus der Kraftwerke auf die lokale Infrastruktur. In der Stadt Lephalale lebten 2001 noch rund 85.000 Menschen, zehn Jahre später, im Jahr 2011, waren es bereits 116.000 (Statistics South Africa 2016). Durch die geplante Ausweitung des Bergbaus in der Region und die Erschließung als neue Kohleregion erwartet die Gemeindeverwaltung in Lephalale eine Verdopplung der Bevölkerung von Lephalale auf 240.000 Menschen bis zum Jahr 2025. Entsprechend groß ist der Druck auf die lokale Infrastruktur, deren Ausbau mit dem Bevölkerungswachstum nicht mitgehalten hat. Informelle Siedlungen um Lephalale wie MaMojela Park oder Steenbokpan sind durch die Zuwanderung stark angewachsen. Die Lebensbedingungen in diesen Siedlungen sind schlecht. Viele Siedlungen verfügen weder über einen Wasser- noch einen Abwasseranschluss. Die sozialen Spannungen in der Region entladen sich immer wieder in gewaltsamen Auseinandersetzungen, wie

Anwohner_innen berichten. In eMalahleni sind die Herausforderungen ähnlich. Dort kommt hinzu, dass in der Region bereits seit 1896 extensiver Bergbau stattfindet, in dessen Folge große Teile des Grundwassers durch die sauren Grubenabwässer verseucht sind (*Acid Mining Drainage*). Aktivist_innen lokaler Umweltschutzorganisationen befürchten weitere negative Auswirkungen der Ausweitung des wasserintensiven Kohlebergbaus auf die Wasserqualität in der Region (Interview Matthews Hlabane, SAGRC, eMalahleni, 13.11.2016). In Mpumalanga ist die Qualität des Wassers der Seen um das Kraftwerk Kusile bereits so schlecht, dass es nicht mehr ohne Behandlung für die Kühlung der Maschinen des Kraftwerks genutzt werden kann. Daher soll über ein umfangreiches Transportsystem Wasser aus der Region Gauteng – der Region um Johannesburg – nach Mpumalanga pumpen (Greenpeace 2012). Hier zeigt sich eine zentrale Konfliktlinie. Denn Eskom hat einen Status als „strategischer Wassernutzer“. Dies bedeutet, dass der Zugang von Eskom zu Wasser nicht eingeschränkt werden darf durch die Regierung – auch nicht in Dürrezeiten. Da der Bergbau ein wasserintensives Unterfangen ist, befürchten die angegliederten Gemeinden, dass die weitere Ausweitung des Bergbaus zur Wasserverknappung führen und dann vorrangig die Gemeinden treffen wird.

- *Konflikte über die gesundheitlichen Auswirkungen der Kraftwerke und Minen:* Bei Anwohner_innen in unmittelbarer Nähe zu den Kohleminen besteht ein Anstieg von Lungenkrankheiten, etwa der Pneumokiose (Staublunge), wie Studien in den letzten Jahren untermauert haben (GroundWork 2014). Die Arbeiter_innen in den Minen sind diesen gesundheitlichen Gefahren häufig noch unmittelbarer ausgesetzt. Die Aufmerksamkeit für gesundheitliche Schäden für Minenarbeiter_innen im Bergbau ist seit dem 23.5.2016 noch weiter gestiegen: An diesem Tag stimmte der *South African High Court* zu, dass Arbeiter aus dem Goldbergbau, die heute an Tuberkulose und Silikose leiden, eine Sammelklage gegen die Minenunternehmen, bei denen sie beschäftigt waren, einreichen können (the economist 2016).
- *Konflikte über die Verteilung von Gewinnen:* Der Bergbausektor – wie andere Wirtschaftszweige in Südafrika auch – ist nach wie vor mehrheitlich von Unternehmen, die weißen Südafrikaner_innen gehörten bzw. von ihnen geleitet werden, sowie von transnationalen Unternehmen dominiert. Seit dem Ende der Apartheid 1994 versucht die Regierung gesetzlich gegenzusteuern, um den Anteil schwarzer Südafrikaner_innen an und in Unternehmen zu erhöhen. Das wichtigste Instrument ist dabei das *Black-Economic-Empowerment-Gesetz* (BEE), das in verschiedenen

Geschäftsbereichen Quotenregelungen für die Beteiligung von schwarzen Südafrikaner_innen vorsieht. In diesem Zusammenhang hat sich auch der Anteil südafrikanischer Firmen im Kohlebergbaubereich erhöht (Munnik u.a. 2009). Trotzdem wird die Politik des BEE von verschiedenen Seiten und gerade auch von linken Gruppen stark kritisiert. Die Quotenregelungen würden eine schwarze Oberschicht fördern und führten zur klientelistischen Vergabe von Positionen, während sie kaum dazu beitrage, eine Mittelschicht im Land zu entwickeln und so gut wie keine Auswirkungen auf die Förderung von dringend benötigten Arbeitsplätzen hätte (Tangri & Southall 2008).

- *Konflikte über die Schaffung von Arbeitsplätzen:* Für Gewerkschaften und Basisorganisationen hat die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region Priorität. Aktivist_innen von Basisgruppen in den Regionen um Kusile und Medupi betonen in Interviews, dass die lokale Bevölkerung mit dem Bau der Kohlekraftwerke starke Hoffnungen verbunden und deshalb zumindest in Teilen den Bau des Kraftwerks auch befürwortet hätte. Die Frage der hohen Arbeitslosigkeit in der Region spielt für die meisten Menschen die wichtigste Rolle. Lephalale selbst hat laut offizieller Statistik 115.767 Einwohner_innen und eine junge Bevölkerungsstruktur. 26,2 Prozent der Bevölkerung sind unter 14 Jahre alt. Die Arbeitslosenquote in der Stadt liegt bei 22,2 Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit bei 26,9 Prozent (Statistics South Africa 2016). In Kusile gestaltet sich die Lage ähnlich: Rund ein Drittel der Bevölkerung ist arbeitslos, während die Jugendarbeitslosigkeit mit 36 Prozent noch höher liegt (ebd.). Für den Bau der Kraftwerke Kusile und Medupi wurden dennoch Arbeitskräfte aus anderen Regionen Südafrikas und teilweise auch Wanderarbeiter_innen aus umliegenden afrikanischen Ländern eingestellt. Junge Menschen aus der Region beklagen, dass sie bei den Einstellungen nicht berücksichtigt worden seien – obwohl Eskom mit der Schaffung lokaler Arbeitsplätze geworben hatte (Interview Andreas Mocheke, Waterberg Environmental Justice Alliance, Lephalale, 10.11.2015). In beiden Regionen berichten Frauenorganisationen von Benachteiligungen von Arbeiterinnen bei der Einstellung. Dies habe zu einem Anstieg der Prostitution in beiden Regionen geführt, da viele Frauen darin die einzige Möglichkeit sähen, ihren Lebensunterhalt zu sichern (Interview Francinah Nkosi, Lephalale, 10.11.2015).
- *Konflikte um gewerkschaftliche Organisation:* Kritiker_innen sehen in der Einstellungspraxis von Eskom ein Mittel, um die gewerkschaftliche Organisation zu erschweren. Arbeitskräfte aus der Region würden wegen der Befürchtung, sie könnten als Anwohner_innen der Region gemeinsam

mit sozialen Bewegungen gegen den Kraftwerksbau mobilisieren, nicht eingestellt (Interview Matthews Hlabane, SAGRC, eMalahleni, 13.11.2015). Die Arbeits- und Vertragsbedingungen in den Kraftwerken sind nach Aussagen der Gewerkschaften schwierig: Häufig würden den Arbeiter_innen lediglich Teilzeitverträge mit schlechten Konditionen angeboten, was diese in prekäre Situationen dränge. Doch durch die hohe Arbeitslosigkeit in der Region seien die Menschen gezwungen, auch diese Verträge anzunehmen: „Sie schaffen ein Umfeld von Instabilität und machen es den Arbeiter_innen nicht leicht, sich zu organisieren“ (Interview Johannes Nzimanda, NUMSA, eMalahleni, 13.1.2015). Im März und April 2015 stand Eskom für seine Vorgehensweise rund um Medupi unter starker Kritik. Nachdem 1.700 Arbeiter_innen Ende März 2015 an einem Streik, – den Eskom als illegal bezeichnete – teilgenommen hatten, wurde ihnen per SMS mitgeteilt, dass sie nicht mehr zur Arbeit erscheinen sollten. In den folgenden Wochen gab es Auseinandersetzungen, bei denen vor allem die NUMSA als Sprachrohr der Arbeiter_innen auftrat und sich für die Wiedereinstellung der kritischen Arbeiter einsetzte, solange bis Eskom einlenkte (Evans 2015).

Diese Ausführungen verdeutlichen die Probleme der Ausweitung des Kohlebergbaus in Südafrika. Diese sind allerdings nicht auf den Kohlebergbau beschränkt. Die *South African Human Rights Commission* (SAHRC) ist in Südafrika für die Einhaltung der in der Verfassung verankerten Rechte verantwortlich. Sie hat im *Human Rights Business Country Guide* im Jahr 2015 Bereiche identifiziert, die bei Bergbauprojekten gefährdet sind und besondere Aufmerksamkeit erhalten sollten: das Recht auf eine saubere Umwelt (wie den Schutz vor Luft- und Wasserverschmutzung bzw. das Recht auf Wasser), Gewerkschafts- und Arbeitsrechte (wie die Möglichkeit gewerkschaftlicher Vertretung, Streikrecht und gewerkschaftliche Verhandlungen), das Recht auf Zugang zu Informationen, den Schutz von Frauen und ethnischen Minderheiten auf dem Arbeitsmarkt sowie den Schutz von Menschen mit HIV/Aids auf dem Arbeitsmarkt (SAHRC & DIHR 2015). Auch Auseinandersetzungen um die Verteilung und den Zugang zu Land, die sich an Bergbauvorhaben entzünden, verweisen auf tiefer liegende Konflikte, insbesondere auf das Fehlen einer umfassenden Landreform hin (Cousins & Walker 2015). Die vielschichtigen aktuellen Konflikte um den südafrikanischen Bergbau bieten Möglichkeiten für Allianzen zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen zur gemeinsamen Mobilisierung. Deren Chancen und Hindernisse diskutiere ich im folgenden Abschnitt.

Allianzen zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen

Die Analyse der Konflikte um den Kohlebergbau in Südafrika verdeutlicht, dass es dabei um weitaus mehr als um die Zukunft der Energieversorgung geht. Zwar lehnen insbesondere Umweltgruppen den Kohlebergbau auch aus Klimaschutzgründen ab (Müller & Paasch 2016), doch stecken hinter den Auseinandersetzungen um den Bergbau auch soziale Kämpfe um die Ausgestaltung des südafrikanischen Entwicklungsmodells. Dabei kommt es immer wieder zu Allianzen zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Gemeinsame Mobilisierungen stehen dabei auch vor der Herausforderung, verschiedene Positionen und Herangehensweisen miteinander zu vereinen. Denn Gewerkschaften und soziale Bewegungen stellen teilweise unterschiedliche Forderungen in den Vordergrund. Während für die Gewerkschaften die Arbeiter_innenrechte im Vordergrund stehen, geht es Basisorganisationen um die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie um eine Verbesserung der Lebensbedingungen. Grundsätzlich besteht aber eine starke Solidarität zwischen beiden Gruppen, insbesondere auch weil viele Arbeiter_innen in den Kraftwerken als Anwohner_innen der jeweiligen Städte auch von den negativen Auswirkungen des Kraftwerkbaus betroffen sind. Unterschiedliche Positionen bestehen zudem bei der Frage: Ausstieg aus dem Bergbau – ja oder nein? Das Netzwerk MACUA (*Mining Affected Communities United in Action*) lehnt die Ausweitung des Bergbaus ab:

„Unsere Gemeinden werden durch die Minen marginalisiert. Die Besitzer der Minen konsultieren die Gemeinden oft nicht. Die Menschen werden gezwungen ihre Häuser zu verlassen. Sie sind der Verschmutzung durch die Minen und die Kraftwerke ausgesetzt und haben zur gleichen Zeit keinen Zugang zu Elektrizität. Die Frage ist: Ist der Bergbau immer noch angemessen für unser Land? Die Antwort ist NEIN.“ (Interview Meshack Mbangula, MACUA, Johannesburg 15.11.2015)

Südafrikanische Umweltorganisationen wie GroundWork oder *Earthlife Africa* mobilisieren bereits seit vielen Jahren gegen die Ausweitung des Kohlebergbaus und fordern einen Umstieg auf erneuerbare Energien. Gewerkschaften wie NUMSA sind mit der grundsätzlichen Ablehnung des Kohlebergbaus zurückhaltender. Ihnen ist bewusst, dass sich mit dieser Forderung bislang keine Mehrheiten gewinnen lassen – denn auch betroffene Gemeinden sind in dieser Frage gespalten. In eMalahleni spielt der Bergbau eine wichtige Rolle für die Beschäftigungsstruktur in der Region. Laut Zensus von 2011 arbeiten 24 Prozent der Beschäftigten um eMalahleni in dem Sektor, knapp 17 Prozent sind in der verarbeitenden Industrie tätig (SACN o.J.: 22).

Auch in Lephalale sind laut Angabe der Gemeindeverwaltung 30 Prozent der Menschen im Bergbau oder seinen angegliederten Industrien beschäftigt. Die Gemeindeverwaltung räumt aber ein, dass ein Teil der Arbeiter_innen aus anderen Regionen stammt (Lephalale Municipality 2015). Gerade auch für die NUMSA ist eine grundsätzliche Opposition zum Bergbau nicht möglich, wenn sie nicht Mitglieder verlieren will. Im Gegenteil: Die Gewerkschaft organisiert selbst eine Reihe von Arbeiter_innen, die von der Ausweitung des Bergbaus bzw. seinen angegliederten Industrien profitieren.

Auffällig ist ein großes Ungleichgewicht hinsichtlich der Organisationsmacht von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Die NUMSA ist seit dem Ausschluss aus COSATU im Jahr 2014 weiter gewachsen und verfügt mittlerweile über 340.000 Mitglieder. Die Gewerkschaft hat seit 2014 mit Dinga Sekbuwu einen eigenen Beauftragten für den Aufbau der *United Front*, der über ein kleines Team von Mitarbeiter_innen und eine Reihe von Freiwilligen verfügt, deren organisatorische Basis in Johannesburg ist. Gleichzeitig gibt es in den verschiedenen Regionen Mitglieder der NUMSA, welche die Organisation vor Ort übernehmen (Interview Dinga Sekbuwu, NUMSA, Johannesburg, 18.11.2016). Im Gegensatz dazu sind die Basisorganisationen in Lephalale und Mpumalanga finanziell und personell eher schwach ausgestattet. In Lephalale hat sich das *Waterberg Environmental Justice Forum* (WEJF) gegründet und mobilisiert gegen die verschiedenen sozialen und ökologischen Folgen des Bergbaus. Die Basisorganisation wird dabei von der Umweltorganisation *Earthlife Africa* unterstützt (Interview Makoma Lekalakala, Earthlife Africa, Johannesburg, 16.11.2016). In und um eMalahleni haben sich mit dem *South African Green Revolutionary Council* sowie mit dem *Highveld Environmental Justice Network* (HEJN) zwei Basisgruppen gebildet, die von GroundWork unterstützt werden (Interview Thomas Mnguni, HEJN, Witbank, 14.11.2016). Mit MACUA und dem *Mining and Environmental Justice Community Network of South Africa* (MEJOCN-SA) existieren zwei recht junge Organisationen, die gezielt gegen den Bergbau und die Folgeschäden mobilisieren. Rechtlich werden die Organisationen vom *Centre for Environmental Rights* unterstützt, das eine Reihe von Klagen gegen Konzerne, aber auch gegen die südafrikanische Regierung oder die Gemeinden geführt hat. Darüber hinaus unterstützen Organisationen wie der *World Wide Fund For Nature* (WWF), *Greenpeace* und *ActionAid* die Basisorganisationen. Doch sind die Gewerkschaften mit weitaus mehr Ressourcen ausgestattet, gerade auch hinsichtlich der Möglichkeit der Mobilisierung von Mitgliedern. Ihnen stehen zudem andere Protestrepertoires zur Verfügung. Somit bestehen bei der Mobilisierung rund um den Kohlebergbau ähnliche Herausforderungen, wie sie in der Literatur

für andere Konfliktfelder in Südafrika beschrieben werden. In ihrer Studie zu Aufständen in Balfour, einer Kleinstadt in der Nähe von Johannesburg, in den Jahren 2009 und 2010 beschreiben Peter Alexander und Peter Pfaffe (2013) die Schwierigkeiten bei der Mobilisierung von Arbeiter_innen und Gemeinden: Gewerkschaften hätten die Möglichkeit über Streiks oder die Bildung politischer Allianzen auf ihre Forderungen aufmerksam zu machen. Im Gegensatz dazu würden die Bewegungen über andere Fähigkeiten und Stärken verfügen. Arme Menschen, insbesondere arme Jugendliche hätten Zeit, sie seien durch ihre Herkunft dazu legitimiert, im Namen einer *community* zu mobilisieren, und könnten größere Proteste anstoßen. Gemeinsame Aktionen der Bewegungen und der Arbeiter_innenschaft würden durch die unterschiedliche Weise der Mobilisierung und unterschiedliche Adressat_innen der Forderungen erschwert: Während die Arbeiter_innenschaft ihre Forderungen meist direkt an den Arbeitgeber richten, wenden sich die Proteste in den *communities* an den Staat (Alexander & Pfaffe 2013: 204f). Im Falle des Kohlebergbaus bestehen hier große Chancen der gemeinsamen Mobilisierung. Denn Eskom ist ein halbstaatliches Energieunternehmen und eng mit der südafrikanischen Regierung verbunden. Gerade auch die beschriebenen Schnittstellen zwischen der Arbeiter_innenschaft und den sozialen Bewegungen bieten hier die Möglichkeit gemeinsamer Mobilisierungen, ähnlich wie bei der oben beschriebenen Mobilisierung der SAMWU in Kapstadt (Ludwig 2013).

In verschiedenen Feldern bestehen Anknüpfungspunkte für gemeinsame Projekte zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, die genutzt werden könnten, um breitere Allianzen aufzubauen. Teilweise gelingt dies bereits. Seit 2011 haben sich 40 Organisationen in Südafrika in der *One Million Climate Jobs Campaign* (OMCJC) zusammengeschlossen und fordern einen Umstieg auf erneuerbare Energien. Mit dem Ausbau von erneuerbaren Energien erhofft sich die Kampagne auch die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Auch die NUMSA hat die OMCJC unterstützt und darüber hinaus mit der *Socially-Owned Renewable Energy Initiative* eine eigene Kampagne ins Leben gerufen, die sich für die Ausweitung von erneuerbaren Energien im Land einsetzt. Der NUMSA geht es auch darum, einen eigenen Sektor für erneuerbare Energien aufzubauen, um nicht von Importen aus anderen Ländern abhängig zu sein (Interview Woody Aroun, NUMSA, 6.4.2014). An dieser Stelle funktioniert die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, weil gemeinsame Bezugspunkte bestehen und die Differenzen um die Frage nach dem Ende der Kohle in Südafrika ausgeklammert werden (können). Die Kampagne richtet sich nicht explizit gegen den Bergbau, sondern sucht über die Forderung nach erneuerbaren

Energien einen Ausweg aus der Abhängigkeit von Kohle. Gleichzeitig weist sie eine arbeitsmarktpolitische Komponente auf, weil über den Aufbau eines Sektors für erneuerbare Energien in Südafrika Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Diese Argumentation ermöglicht die Zusammenarbeit von Umweltorganisationen, Basisgruppen und Gewerkschaften (Müller 2014a). Die OMCJC ist nur ein Beispiel für die wiedererstarke Zusammenarbeit zwischen Bewegungen und Gewerkschaften. Die NUMSA selbst organisiert Workshops, um den Dialog mit den Bewegungen zu suchen und gemeinsame Positionen zu formulieren (Interview Dinga Sekbuwu, NUMSA, Johannesburg, 18.11.2016). Damit sollen in politischen Themenfeldern – die Bandbreite reicht von Gesundheitspolitik über Geschlechterpolitik bis hin zur Arbeitsmarktpolitik – gemeinsame Zielsetzungen formuliert werden, um so politische Ziele für die nächsten Jahre abzustecken.

Eine Zukunft für den *social movement unionism* in Südafrika?

Bestehen Hoffnungen für neue Allianzen und einen starken *social movement unionism* in Südafrika? Das Massaker von Marikana hat das politische System in Südafrika erschüttert und zum Bruch der Gewerkschaftsallianz in Südafrika beigetragen. Dies eröffnete ein *window of opportunity* für ein Wiedererstarken der Allianzen zwischen Bewegungen und Gewerkschaften und für die Weiterführung der Strategie des *social movement unionism*. Wie die Analyse der Konflikte um den Kohlebergbau zeigt, knüpfen die aktuellen Auseinandersetzungen thematisch nahtlos an die sozialen Kämpfe in Südafrika an, die bereits seit den 1990er Jahren zu beobachten sind. Auch die derzeit viel diskutierte „#FeesMustFall“-Bewegung der Studierenden in Südafrika kann vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung um das Entwicklungsmodell in Südafrika gelesen werden. Die Forderungen der Studierenden in Südafrika sind vielschichtig und reichen von der Dekolonisierung von weißen Symboliken an den Hochschulen bis hin zur Forderung der Einstellung von mehr schwarzen Lehrkräften. Gleichzeitig kritisiert die Bewegung aber auch die Neoliberalisierung der Hochschule, welche die Lage von ärmeren Studierenden weiter verschärft hat. In diesem Kontext wurde die Auslagerung von Dienstleistungen von Putzkräften und Sicherheitskräften an der Universität diskutiert. Hier entstanden Allianzen zwischen der Studierendenbewegung und den Arbeiter_innen (Becker 2016: 353).

Wenn es in der *United Front* gelingt, politische Programme zu formulieren, die neben Reformen auf dem Arbeitsmarkt auch eine radikale Umverteilung von Wohlstand in Südafrika ermöglichen, dann stehen die Chancen für

die dauerhafte Etablierung einer sozialistischen Bewegung in Südafrika gut. Die hier beschriebenen Koalitionen im Bergbau, innerhalb der Universitäten und bei städtischer Infrastrukturentwicklung verdeutlichen das Potenzial solcher Allianzen. Für soziale Bewegungen besteht dabei aber auch das Risiko der Vereinnahmung. Die Diskussion um Abahlali BaseMjondolo hat diese Schwierigkeit gezeigt. Im Dezember 2014 erschien in der Zeitschrift „Politikon“ ein Aufsatz von Bandile Mdlalose, einer ehemaligen Aktivistin von ABM. Der Artikel, der in der Folgeausgabe von Politikon sowie in sozialen Netzwerken in Südafrika kritisch diskutiert wurde, beschrieb den Wandel der Protestbewegung. Abahlali habe sich von einer Protestbewegung zu einer Organisation entwickelt, die nicht mehr die Sprache derer spreche, für die sie eigentlich stehen sollte. Bandile Mdlalose kritisierte dabei die Beteiligung eines Wissenschaftlers, der durch seine Beteiligung in der Bewegung die Zielsetzungen mit verändert habe (Mdlalose 2014). Solche Risiken bestehen für soziale Bewegungen auch bei Kooperationen mit Gewerkschaften. Es ist somit nicht verwunderlich, dass bei einigen Bewegungen in Südafrika eine wohlwollende Unterstützung der *United Front* zu beobachten ist, bei der aber auch eine zurückhaltende Skepsis mitschwingt.

Die *United Front* hat im Januar 2016 angekündigt, bei den nächsten Kommunalwahlen in der Provinz Eastern Cape anzutreten. Auf der Webseite der *United Front* wird dieser Schritt damit begründet, dass so die Interessen der Arbeiter_innenklasse unmittelbar vertreten werden könnten (United Front 2016). Gleichzeitig verdeutlichen verschiedene Beispiele die Gefahr einer Institutionalisierung von linken Bewegungen, die von der *United Front* gerade angestrebt wird. In Spanien entstanden viele Parteien aus der linken Bewegung. In Griechenland haben die meisten Bewegungen wieder mit der Regierung gebrochen (Azzellini 2015: 646). Auch die bolivarianische Revolution befindet sich in einer Krise und wird von Teilen der Linken kritisiert (Tauss 2015: 329). Insofern stellen die vorsichtigen Gehversuche der *United Front* als Partei auf der lokalen Ebene auch einen Test dar, der zeigen wird, ob die Bewegung bereits so stark ist, dass die Institutionalisierung gelingen kann.

Literatur

- Alexander, Peter (2013): „Marikana, Turning Point in South African History“. In: *Review of African Political Economy*, Bd. 40, Nr. 138, S. 605-619, <http://dx.doi.org/10.1080/03056244.2013.860893>.
- Alexander, Peter, & Peter Pfaffe (2013): „Social Relationships to the Means and Ends of Protest in South Africa's Ongoing Rebellion of the Poor: The Balfour Insurrections“. In: *Social Movement Studies*, Bd. 13, Nr. 2, S. 204-221.

- Ambacher, Jens, & Romin Khan (2010) (Hg.): *Südafrika. Die Grenzen der Befreiung*. Berlin.
- Azzellini, Dario (2015): „Keine Verdichtung unter dieser Nummer. Das Fenster zu gesellschaftlicher Veränderung hat sich in Griechenland und Spanien wieder geschlossen“. In: *PROKLA*, Bd. 45, Nr. 181, S. 637-648.
- Becker, Heike (2016): „Dekolonisierung von Hochschule und Gesellschaft Studierendenbewegung in Südafrika“. In: *iz3w*, Nr. 353, S. 10-12.
- Bhorat, Haroon; Karmen Naidoo & Derek Yu (2014): *Trade Unions in an Emerging Economy: The Case of South Africa*. WIDER Working Paper, 55, Helsinki.
- Bond, Patrick (2003): *Against Global Apartheid. South Africa meet the World Bank, IMF and International Finance*. Cape Town.
- Bond, Patrick (2014): „South Africa's Resource Curses and Growing Social Resistance“. In: *Monthly Review. An Independent Socialist Magazine*, <https://monthlyreview.org/2014/04/01/south-africas-resource-curses-growing-social-resistance/>, letzter Aufruf: 22.6.2016, http://dx.doi.org/10.14452/mr-065-11-2014-04_1.
- COSATU – Congress of South African Trade Unions (2003): *Resolutions of the COSATU 8th National Congress, Part 1: Political Policy Resolutions, On Emerging Social Movements*. <http://www.cosatu.org.za/docs/resolutions/2003/resolutions8th.pdf>, letzter Aufruf: 22.6.2016.
- COSATU – Congress of South African Trade Unions (2013): *Summary of Critique of the National Development Plan*. März 2013. <http://www.wsg.wits.ac.za/wp-content/uploads/2014/04/Neil-Colemans1.pdf>, letzter Aufruf: 22.6.2016.
- Cousins, Ben, & Cherryl Walker (2015): *Land Divided, Land Restored: Land Reform in South Africa in the 21st Century*. Johannesburg.
- DoE – Department of Energy (2015): *Basic Electricity Overview*. http://www.energy.gov.za/files/electricity_frame.html, letzter Aufruf: 28.11.2015.
- Eskom (2016a): *Medupi Power Station*. http://www.eskom.co.za/Whatweredoing/NewBuild/MedupiPowerStation/Pages/Medupi_Power_Station_Project.aspx, letzter Aufruf: 1.3.2016.
- Eskom (2016b): *Kusile Power Station*. http://www.eskom.co.za/Whatweredoing/NewBuild/Pages/Kusile_Power_Station.aspx, letzter Aufruf: 1.3.2016.
- Evans, Sarah (2015): „Eskom Offers to Reinstate 1700 Workers at Medupi Power Plant“. In: *Mail & Guardian*. <http://mg.co.za/article/2015-04-14-eskom-offers-to-reinstate-1700-workers-at-medupi-power-plant>, letzter Aufruf: 22.6.2016.
- Greenpeace (2012): *Coal's Hidden Water Cost to South Africa*. Johannesburg.
- GroundWork (2014): *The Health Impact of Coal. The Responsibility that Coal-Fired Power Stations Bear for Ambient Air Quality Associated Health Impacts*. Pietermaritzburg.
- Habib, Adam, & Imraam Valodia (2006): „Reconstructing a Social Movement in an Era of Globalisation: A Case study of COSATU“. In: Ballard, Richard, Adam Habib & Imraam Valodia (Hg.), *Voices of Protest: Social Movements in Post-Apartheid South Africa*. Scottsville, S. 225-253.
- IP – The Inspection Panel (2011): *Investigation Report. South Africa: Eskom Investment Support Project (IBRD Loan No. 78620-ZA)*.
- IRADB – Independent Review Mechanism, African Development Bank (2011): *Compliance Review. Medupi Power Project. Country: South Africa. Compliance Request No.: RQ2010/2. Dezember 2011*.
- Koo, Hagen (2001): *Korean Workers: The Culture and Politics of Class Formation*. Ithaca, US-NY, & New York, US-NY.
- Köbler, Reinhart (2015): „Warum national? Ein postkolonialer Rückblick auf nationale Befreiungsbewegungen“. In: Engels, Bettina; Melanie Müller & Rainer Öhlschläger: *Globale Krisen, lokale Konflikte? Soziale Bewegungen in Afrika*. Baden-Baden, S. 41-56.
- Lephale Municipality (2015): *Draft Annual Report 2014/2015*. <http://www.lephale.gov.za/docs/reports/Draft%20Annual%20Report%202014-2015.pdf>, letzter Aufruf: 22.3.2016.

- Ludwig, Carmen (2013): „Die sozialen Kämpfe in Südafrika verbinden?“ In: *PROKLA*, Bd. 43, Nr. 170, S. 97-113.
- Marx, Anthony W. (1992): *Lessons of Struggle. South African Internal Opposition, 1960-1990*. New York, US-NY.
- Mbali, Mandisa (2010): „Siyayinqoba/Beat it! Die Treatment Action Campaign und die Geschichte des südafrikanischen Aktivismus“. In: Ambacher & Khan 2010, S. 101-116.
- Mdlalose, Bandile (2014): „The Rise and Fall of Abahlali baseMjondolo, a South African Social Movement“. In: *Politikon*, Bd. 41, Nr. 3, S. 345-353, <http://dx.doi.org/10.1080/02589346.2014.990149>.
- McKinley, Dale T. (2010): „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück – Südafrikas African National Congress und die Dreierallianz seit 1994“. In: Ambacher & Khan 2010, S. 7-24.
- Müller, Melanie (2014a): „Nach der Klimakonferenz in Südafrika: Lokale Deutungen um Klimagerechtigkeit“. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, Bd. 27, Nr. 2, S. 53-61, <http://dx.doi.org/10.1515/fjsb-2014-0308>.
- Müller, Melanie (2014b): „Südafrika in Bewegung. Das Massaker von Marikana hat das politische System in Südafrika verändert“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 134/135, S. 326-333.
- Müller, Melanie, & Armin Paasch (2016): *Wenn nur die Kohle zählt. Deutsche Mitverantwortung für Menschenrechte im südafrikanischen Kohlesektor*. Aachen.
- Munnik, Victor; Geraldine Hochmann & Matthews Hlabane (2009): *The Social and Environmental Consequences of Coal Mining. South African Case Study of the Environmental Monitoring Group*. Cape Town.
- Naidoo, Prishani (2010): „Leben oder Überleben? Kämpfe um Grundversorgung im Post-Apartheid Südafrika“. In: Ambacher & Khan 2010, S. 143-154.
- NDP – National Planning Commission (2013): *National Development Plan Mission 2030*. <http://policyresearch.limpopo.gov.za/handle/123456789/941>, letzter Aufruf: 22.6.2016.
- NUMSA – National Union of Metalworkers of South Africa (2013): *Resolutions Adopted at Numsa Special National Congress, December 2013*. <http://www.numsa.org.za/article/resolutions-adopted-numsa-special-national-congress-december-16-20-2013/>, letzter Aufruf: 22.3.2016.
- Pithouse, Richard (2006): „The Promised Land and the University of Abahlali baseMjondolo“. In: *African Sociological Review*, Bd. 10, Nr. 1, S. 102-142.
- Rafey, William, & Benjamin K. Sovacool (2011): „Competing Discourses of Energy Development: The Implications of the Medupi Coal-fired Power Plants in South Africa“. In: *Global Environmental Change*, Bd. 21, S. 1141-1151, <http://dx.doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2011.05.005>.
- RSA – Republic of South Africa (2014): *Government Gazette No 37712*. http://us-cdn.creamermedia.co.za/assets/articles/attachments/50205_37712_2-6_act23of2014_infrastrucdevelop_a.pdf, letzter Aufruf: 17.3.2016.
- Rucht, Dieter (1994): *Modernisierung und neue soziale Bewegungen*. Frankfurt a.M.
- Ruiters, Greg (2010): „Freie Stromversorgung in Südafrika. Eine Strategie zur Befreiung oder zur Kontrolle der verarmten Bevölkerung?“. In: Ambacher & Khan 2010, S. 43-58.
- SACN – South African Cities Network (o.J., wahrscheinlich 2012): *eMalahleni*. http://econ.ufs.ac.za/dl/Userfiles/Documents/00001/590_eng.pdf, letzter Aufruf: 30.1.2016.
- SAHRC – South African Human Rights Commission & DIHR – Danish Institute for Human Rights (2015): *Human Rights and Business Country Guide South Africa*. <http://www.sahrc.org.za/home/21/files/Guide%20Final%20Final.pdf%20March%2019.pdf>, letzter Aufruf: 17.5.2016.
- Seidman, Gay (2011): „Social Movement Unionism: From Description To Exhortation“. In: *South African Review of Sociology*, Bd. 42, Nr. 3, S. 94-102, <http://dx.doi.org/10.1080/21528586.2011.621241>.

- Southall, Roger, & Edward Webster (2010): „Unions and Parties in South Africa: Cosatu and the ANC in the Wake of Polokwane“. In: Beckmann, Björn; Sakhela Buhlungu & Lloyd Sachikonye (Hg): *Trade Unions and Party Politics: Labour movements in Africa*. Pretoria, S. 131-166.
- Statistics South Africa (2016): *National and Regional Statistics*. http://www.statssa.gov.za/?page_id=595, letzter Aufruf: 22.1.2016.
- Suttner, Raymond (2005): „Legacies and Meanings of the United Democratic Front (UDF) Period for Contemporary South Africa“. In: Hendricks, Cheryl & Lushaba, Lwazi (Hg.): *From National Liberation to Democratic Renaissance in Southern Africa*. Dakar, S. 59-81.
- Tangri, Roger, & Roger Southall (2008): „The Politics of Black Economic Empowerment in South Africa“. In: *Journal of Southern African Studies*, Bd. 34, Nr. 3, S. 699-716, <http://dx.doi.org/10.1080/03057070802295856>.
- Tauss, Aaron (2015): „Venezuela. Die bolivarianische Revolution in der Krise“. In: *PROKLA*, Bd. 46, Nr. 183, S. 325-330.
- Terreblanche, Sampie (2002): *A History of Inequality in South Africa 1652-2002*. Scottsville.
- the economist (2016): *Ill Mineworkers in South Africa Win Silicosis Battle*. <http://www.economist.com/news/middle-east-and-africa/21699341-court-rules-formers-mineworkers-and-their-families-can-bring-class-action-lawsuit>, letzter Aufruf: 22.6.2016.
- United Front (2016): *The Rationale of the United Front*. <https://unitedfrontsa.wordpress.com/the-rationale-of-a-united-front/>, letzter Aufruf: 22.6.2016.
- Waterman, Peter (1982): „Seeing the Straws; Riding the Whirlwind: Reflections on Unions and Popular Movements in India“. In: *Journal of Contemporary Asia*, Bd. 12, Nr. 4, S. 464-483, <http://dx.doi.org/10.1080/00472338285390381>.
- Webster, Eddie (1987): „The Two Faces of the Black Trade Union Movement in South Africa“. In: *Review of African Political Economy*, Bd. 39, S. 33-41, <http://dx.doi.org/10.1080/03056248708703731>.
- Webster, Edward, & Sakhela Buhlungu (2004): „Between Marginalisation and Revitalisation? The State of Trade Unions in South Africa“. In: *Review of African Political Economy*, Bd. 31, Nr. 100, S. 39-56.
- World Coal Association (2015): *Coal Producers*. <https://www.worldcoal.org/coal/coal-mining>, letzter Aufruf: 30.1.2016.

Anschrift der Autorin:

Melanie Müller

melanie.mueller@fu-berlin.de